



PROFESSIONAL BRIEFING

Machtmissbrauch: Wuppertaler Erklärung in der Kritik

Machtmissbrauch in der Wissenschaft betrifft vor allem Beschäftigte im Mittelbau. Zunehmend wird er auch auf Führungsebene thematisiert, etwa in der Wuppertaler Erklärung. Das hat eine Debatte über Prioritäten und Interessen entfacht.

Von
Anne Brüning



Das Engagement gegen Machtmissbrauch in der Wissenschaft wird vielfältiger, die Diskussionen kontroverser. Aktuell steht die [Wuppertaler Erklärung](#) zur vertrauenswürdigen Wissenschaftsgovernance in der Kritik. Sie wurde Ende März unter Mitwirkung von HRK und DHV veröffentlicht und betont unter anderem, dass **Fehlverhalten „von allen Ebenen der Organisationen und in Richtung aller Ebenen ausgehen“ kann**. Darüber hinaus formuliert sie **elf Grundsätze** – vom Bedarf beobachterunabhängiger Kriterien für Fehlverhalten über Erwartungsmanagement bis zum Appell an den Grundsatz „in dubio pro reo“.

„Die Wuppertaler Erklärung scheint so geschrieben zu sein, dass sie eher Leitungspersonal schützen soll“, sagt **Geraldine Rauch**, Präsidentin der TU

Berlin, im Gespräch mit Table.Media. Es sei zwar richtig, dass Machtmissbrauch theoretisch in alle Richtungen passieren kann. „Aber es ist natürlich viel schwieriger, sich dagegen zu wehren, wenn man in einem Abhängigkeitsverhältnis von unten nach oben ist. Das sind zwei sehr unterschiedliche Blickwinkel, die man differenzieren sollte.“

Das Problem betrifft vor allem den akademischen Mittelbau

Kritik kommt auch vom Vorstand des [Netzwerks gegen Machtmissbrauch in der Wissenschaft](#), einer Initiative, die seit 2021 auf die Problematik aufmerksam macht und unabhängige Beratung anbietet. Es handele sich um ein „Hochglanzpapier, das Schaden verursacht“, schreiben **Heinz G. Fehrenbach**, **Sophia Hohmann** und **Jana Lasser** in einem [Gastbeitrag](#) im Wiarda-Blog. Das Autorenteam wirft die Frage auf, ob es vor allem um Führungskräfte gehe, die aufgrund eines „von der Organisationsleitung instrumentalisierten Vorwurfs von Fehlverhalten“ mutmaßliche Täter und Opfer in einer Person seien.

Tatsächlich kamen auf der [Tagung in Wuppertal](#), die der Erklärung vorausging, auch die Probleme von Forschenden in Führungspositionen zur Sprache, die sich als Opfer von Machtmissbrauch sehen. Thematisiert wurde zum Beispiel, dass vor allem **Frauen in Führungspositionen** einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, des Führungsfehlverhaltens oder Machtmissbrauchs beschuldigt zu werden.

„Es ist unbestritten, dass das Problem im akademischen Mittelbau zahlenmäßig größer ist“, sagt **Carola Jungwirth**, Professorin für Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Governance an der Universität Passau und Mitinitiatorin der Wuppertaler Erklärung. „Ich würde mir dennoch wünschen, dass bei dieser Problematik weniger in den Kategorien ‚oben zwangsläufig Täterin/Täter, unten zwangsläufig Opfer‘ gedacht wird.“ Dazu seien die Situationen zu individuell und zu komplex. „Wichtig ist, dass wir das Thema an den Hochschulen jetzt offen diskutieren.“

Unabhängige Bundeseinrichtung im Stile eines Bundesrechnungshofs gefordert

„Jede Person, die sich Machtmissbrauch ausgesetzt sieht, muss geschützt beziehungsweise unterstützt werden“, erläutert Heinz Fehrenbach vom Vorstand des Netzwerks gegen Machtmissbrauch. „Wir kritisieren ja gerade, dass durch den kursorisch geforderten Grundsatz ‚**in dubio pro reo**‘ die Gefahr besteht, dass sich eine des Machtmissbrauchs angeschuldigte Organisationsleitung problemlos ‚entschuldigen‘ könnte.“ Solche Auseinandersetzungen dürften nicht auf Kosten der Schwächsten im System

gelöst werden. „Es geht ja insbesondere nicht darum, verschiedene Statusgruppen gegeneinander auszuspielen, sondern **anzuerkennen, dass Machtmissbrauch an akademischen Institutionen ein strukturelles Problem ist.**“

Dass auch diejenigen, die Machtmissbrauch beobachten, nicht widersprechen oder intervenieren, liege primär an den überaus vielfältigen wechselseitigen Abhängigkeiten innerhalb des weitgehend geschlossenen akademischen Systems. „Einerseits wird dadurch ‚Normalität‘ von Machtmissbrauch erzeugt, was andererseits dazu führt, dass Betroffene das Geschehen oft nur schwer einordnen können“, sagt Fehrenbach. „Deshalb führt aus unserer Sicht auch kein Weg an einer unabhängigen **Bundeseinrichtung im Stile eines Bundesrechnungshofes** vorbei, die als Kontroll- und Sanktionsinstanz fungiert. Damit wäre ein großer Schritt in Richtung Problemlösung getan.“

TU-Präsidentin Rauch für Anschlusszusagen und mehr Dauerstellen

TU-Präsidentin Rauch ist es auch wichtig, an den Strukturen anzusetzen. Die „in großen Teilen sehr schwierigen, belastenden Beschäftigungsverhältnisse“ des akademischen Mittelbaus ließen sich zum Beispiel im Rahmen der Novelle des WissZeitVG ändern, etwa indem die derzeit diskutierten **Anschlusszusagen** für Postdocs realisiert werden, die Entfristung in Aussicht stellen. „Mit Blick auf die Abhängigkeitsproblematik ist es wichtig, dass dies in einem transparenten System geschieht.“

An der TU Berlin bemühe sie sich bereits um Verbesserungen im Mittelbau. „Einige Dinge können wir jedoch nicht allein machen. Laufzeiten von **Drittmittelverträgen** zum Beispiel sind im WissZeitVG geregelt“, sagt Rauch. Das Gesetz sehe vor, Drittmittelbeschäftigte nur für die Projektlaufzeit anzustellen. „Da würde ich mir einen Passus wünschen, der es ermöglicht, für die Projektlaufzeit oder länger einzustellen.“

WissZeitVG: „Das BMBF sollte sich von der Idee des Interessenausgleichs verabschieden“

An das BMBF appelliert Rauch überdies, sich von der Idee zu verabschieden, mit dem WissZeitVG einen Interessenausgleich zu versuchen. „**Die Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Bereich sind völlig inakzeptabel, werden an bestimmten Positionen aber immer noch verteidigt.** Dabei sollte es Normalität sein, in einem geregelten Arbeitsverhältnis mit fairen Bedingungen zu arbeiten und nicht in einem permanenten Abhängigkeitsverhältnis kombiniert mit der Angst, im nächsten Jahr keinen Job mehr zu haben.“
Das gesamte Interview mit Geraldine Rauch lesen Sie [hier](#).